

LANDESBANKEN

Fragwürdiger Verzicht

Mit offenbar zweifelhaften Begründungen hat der Freistaat Sachsen auf die juristische Verfolgung von Politikern verzichtet, die in den Beinahe-Zusammenbruch der Landesbank involviert waren. Bislang wurde darauf verwiesen, bei damaligen Mitgliedern des Verwaltungsrats und Kreditausschusses seien keine erheblichen Summen einzutreiben. Das ist zumindest fragwürdig, denn die Räte waren durch eine Organ-Haftpflichtversicherung abgesichert. Aus Schreiben des Versicherers AIG Europe geht hervor, dass die Risiken von Verwaltungsrat

und Kreditausschuss der Sachsen LB womöglich abgedeckt waren. Eine Prüfung der Vorgänge in der Bank im Auftrag des Finanzministeriums hatte 2010 ergeben, dass sechs Mitglieder des Kreditausschusses „ihren Pflichten nicht hinreichend nachgekommen“ seien.

Die mit dem Fall beauftragte Kanzlei hatte dem Ministerium deshalb eine Klage ausdrücklich empfohlen. Der Freistaat verzichtete jedoch unter Hinweis auf „Rechts- und Prozessrisiken“ und „hohe Kosten“. Sachsen bürgt für die inzwischen notverkaufte Bank mit 2,75 Milliarden Euro, gut 300 Millionen Euro wurden bereits fällig. Bislang klagt der Freistaat nur gegen ehemalige Vorstände des Geldhauses auf Schadensersatz.



Sachsen-LB-Zentrale 2007

WALTRAUD GRUBITZSCH / PICTURE-ALLIANCE / DPA



Schlecker-Kinder Lars, Meike

ANDREAS KÖRNER / WIRTSCHAFTSWOCHE

HANDEL

Ver.di will Anton Schlecker verklagen

Die Gewerkschaft Ver.di ist fest entschlossen, Anton Schlecker, den Gründer der insolventen Drogeriekette, zu verklagen, falls sich die Vorwürfe über strittige Immobilien-Deals und das Vermögen der Familie bestätigen. So hat Anton Schlecker kurz vor der Insolvenz ein Zentrallager samt Grundstück im steirischen Gröbming für 2,8 Millionen Euro sowie die Österreich-Zentrale bei Linz für 1,8 Millionen Euro an seine Kinder Meike und Lars Schlecker verkauft. Bereits vergangene Woche war bekanntgeworden, dass der Pleitier ein Logistikzentrum in Österreich an seine Kinder veräußert hatte. Alle drei Deals mit einem Gesamtvolumen von sieben Millionen Euro sollen erst mehr als einen Monat nach dem Insolvenzantrag beurkundet worden sein. Außerdem soll der Kaufpreis unter dem Marktwert liegen. Durch den innerfamiliären Verkauf wurden die Immobilien der Insolvenzmasse entzogen. Schlecker-Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz könnte dies anfechten. Offiziell wollte Ver.di die angestrebte Klage nicht bestätigen, eine Sprecherin teilte aber mit, es sei „sehr verwunderlich, dass die Immobilienverkäufe jetzt bekanntwerden, wo der Insolvenzverwalter angeblich schon vor Monaten Schlecker auf Vermögensverschiebungen hin überprüft hat“. In einem anderen Punkt war Geiwitz gegenüber den Kindern Meike und Lars härter: Er soll ihnen ihre Autos weggenommen haben, weil Besitznachweise fehlten. Die Wagen – darunter mindestens ein Porsche – wurden der Insolvenzmasse zugeschlagen. Weder die Schlecker-Kinder noch der Insolvenzverwalter wollten sich zu den Vorgängen äußern.

STEUERABKOMMEN

Stuttgarter Kompromiss

In den Streit um das deutsch-schweizerische Steuerabkommen kommt Bewegung, Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid (SPD) zeigt sich kompromissbereit. Schmid ist Verhandlungsführer des sozialdemokratischen Lagers, das das Abkommen bislang blockiert. Wichtigste Voraussetzung für eine Zustimmung im Bundesrat sei, so Schmid, dass nicht weiteres deutsches Geld aus der Schweiz in

andere Steueroasen abfließe. Er fordert deshalb, alle Vermögen zu berücksichtigen, „die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages im April dort lagen“. Bis zum geplanten Inkrafttreten zum 1. Januar 2013 hätten Schwarzgeldsünder Zeit, ihre Konten zu räumen. Die – ebenfalls strittige – Höhe der Besteuerung ist Schmid dagegen weniger wichtig: „Das Abkommen sollte am Ende nicht an ein paar Prozentpunkten scheitern.“ Geplant ist, Altvermögen mit 21 bis 41 Prozent nachzusteuern. Finanzminister Wolfgang Schäuble ist bereit, der SPD entgegenzukommen.

ZAHL DER WOCHE

680

Millionen Euro

betrug 2010 der geschätzte Umsatzverlust für die deutsche Musik- und Filmindustrie durch illegale Downloads.

Quelle: House of Research für das Medienboard Berlin-Brandenburg und den Computerspieleverband Game

TEXTILINDUSTRIE

Gemeinsame Standards

Künftig wollen die weltweit größten Bekleidungsunternehmen mit gemeinsamen Standards messen, wie umweltfreundlich und sozialverträglich ihre T-Shirts, Hosen und Schuhe hergestellt werden. Dafür haben sich unter anderem die Otto Group, H&M, Nike, Adidas, Gap, Inditex und Walmart zur „Sustainable Apparel Coalition“ zusammengeschlossen. Von Juli an soll anhand eines eigens entwickelten Index etwa der Wasser- und Energieverbrauch, aber auch der Einsatz von Chemikalien bei der Textilproduktion erfasst werden. Außerdem sollen die sozialen Bedingungen in den Produktionsländern verbessert werden. Der Index erfasst Daten von der Rohstoffgewinnung über die Weiterverarbeitung bis hin zur Nutzung des Produkts durch die Kunden. Spätestens ab Ende des Jahres sollen erste Kleidungsstücke einen Anhänger tragen, auf dem genau diese Daten zu finden sind. Kunden können dadurch zum ersten Mal die Produktionsbedingungen nachvollziehen und diese vergleichen. Bisher haben mehr als 400 Produkte von über 80 Unternehmen eine Testphase durchlaufen. Die teilnehmenden Unternehmen erwirtschaften rund ein Drittel des weltweiten Textilumsatzes, außerdem gehören Vorlieferanten, Farbhersteller, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler zu den Mitgliedern.



ROBERT CHASSON / PICTURE ALLIANCE / DPA

KREUZFAHRTEN

Ungebrochener Boom

Das Unglück des Kreuzfahrtschiffs „Costa Concordia“ hat offensichtlich keinen nachhaltigen Einfluss auf das Buchungsverhalten der Deutschen. Im Gegenteil: Der Kreuzfahrtsektor wächst ungebrochen. So verzeichnete der deutsche Marktführer Aida Cruises im ersten Quartal 2012 ein Wachstum bei den Passagierzahlen um elf Prozent, obwohl die „Costa Concordia“ von der Konkurrenzreederei Carnival genau in diesem Quartal havarierte. Bei Royal Caribbean, zu dem Celebrity Cruises und das Gemeinschaftsunternehmen Tui Cruises („Mein Schiff“) gehören, liegt das Wachstum momentan bei plus sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Zunächst haben auch wir eine leichte Zurückhaltung vor allem bei Kreuzfahrtneueinsteigern und ein stark erhöhtes Informationsbedürfnis zu Fragen der Sicherheit registriert“, sagt Royal-Caribbean-Deutschland-Chef Tom Fecke. Seit einigen Wochen habe die Nachfrage aber wieder angezogen. Selbst bei der italienischen Unglücksreederei Costa, Tochter des US-Riesen Carnival, stiegen die Buchungszahlen. Zunächst lagen sie im ersten Vierteljahr – bedingt durch das Unglück – zweistellig unter dem Vorjahresniveau. In dem im Juni zu Ende gehenden zweiten Quartal aber liegen die Italiener mit einem deutlichen zweistelligen Plus über dem Vorjahr.

WÄHRUNGEN

„Meist auf Vorrat“

Walter Schlebusch, 63, Chef der Banknotensparte beim Münchner Gelddrucker Giesecke & Devrient, über die mögliche Rückkehr der Drachme

SPIEGEL: Falls Griechenland zur Drachme zurückkehrt: Wie lange dauert es, eine neue Währung einzuführen?

Schlebusch: Das hängt natürlich von der Menge der zu produzierenden Banknoten ab. In Griechenland geht das etwas schneller als in größeren Staaten, aber bevor überhaupt gedruckt werden kann, vergehen in jedem Fall sechs Monate. Die werden für das Design, für die Erstellung des speziellen Banknotenpapiers und der dabei verwendeten Sicherheitselemen-



PLUSPHOTO / IMAGO

Schlebusch

te benötigt. Bis zur Auslieferung können sogar neun Monate verstreichen. **SPIEGEL:** Ihr britischer Konkurrent De La Rue rechnet damit, dass ein Druckauftrag gesplittet würde und er einen Teil davon abbekommen könnte. Hoffen Sie auch darauf?

Schlebusch: Ob Griechenland aus dem Euro aussteigen wird und zur Drachme zurückkehrt, ist aus heutiger Sicht Spekulation. Wir haben jedenfalls keine Anfrage zum Druck der Drachme vorliegen. Außerdem hat Griechenland eine eigene Banknotendruckerei, die sicherlich einen Großteil der neuen Serie selbst produzieren würde.

SPIEGEL: Kommt es vor, dass Länder vorsorglich Geld drucken und lagern? **Schlebusch:** Deutschland hat in den siebziger Jahren aus Angst vor dem Kalten Krieg tatsächlich eine Ersatzbanknotenserie vorgehalten, die – Gott sei Dank – nie eingeführt werden musste. Die meisten neuen Serien werden übrigens auf Vorrat gedruckt, da man die Einführung meist auf einen Schlag durchzieht. Das war auch beim Euro so, den wir mitproduziert haben. Da betrug der Vorlauf sogar mehrere Jahre.